

**1. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für
Verkehrsanlagen der Stadt Pulsnitz
(Straßenbaubeitragssatzung)**

vom

18.06.2019

Auf Grundlage der §§ 4 und 21 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 62) und der §§ 2 und 26 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 116), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05.04.2019 (SächsGVBl. S. 245) hat der Stadtrat der Stadt Pulsnitz am 17.06.2019 folgende 1. Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

(1) In § 5 Abs. 1 Nr. 4 Satz 1 wird vor „2,50 m“ das Wort „je“ eingefügt.

(2) Der Satz 1 in § 5 Abs. 4 Nr. 2 wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Haupterschließungsstraßen: Straßen, die weder überwiegend der Erschließung der angrenzenden oder der durch private Zuwege mit ihnen verbundenen Grundstücke noch überwiegend dem überörtlichen Durchgangsverkehr, sondern dem Verkehr innerhalb von Baugebieten oder innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen (innerörtlicher Verkehr) dienen.“

Der in Klammer gesetzte Satz bleibt bestehen.

(3) In § 8 Abs. 3 Halbsatz 1 wird die Zahl „9“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

(4) In § 9 Abs. 2 wird nach dem Wort „Bauwerkes“ das Wort „geteilt“ eingefügt.

(5) In § 10 Abs. 1 Buchstabe a) wird die Rechtsgrundlage „§ 6 Abs. 4 Satz 2 SächsBO“ durch „§ 6 Abs. 4 Satz 3 SächsBO“ ersetzt.

(6) In § 13 Abs. 2 Satz 4 wird das Wort „abzuwägen“ durch das Wort „abzugrenzen“ ersetzt.

Artikel 2

Die Anlage zur Straßenbaubeitragssatzung entfällt ersatzlos.

Artikel 3

Diese 1. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für Verkehrsanlagen tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Pulsnitz, den 18.06.2019

-Siegel-

Barbara Lüke
Bürgermeisterin

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen

Gemäß § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der jeweils gültigen Fassung gilt, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Die Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.